

Annette Mühlberg

Arbeit am Scheidepunkt

Überlegungen aus der Generation nach Kohl und Schröder



Annette Mühlberg, geb. 1964 in Frankfurt am Main, Studium der Politikwissenschaften, Soziologie und Amerikanistik, war Stipendiatin des United World College of the Atlantic/Wales, und Praktikantin bei den United Nations in New York, Stadtverordnete der Grünen in Frankfurt am Main von 1989-93. Seit 1991 ist sie Leiterin des Referates Techniker-, Meister-, IngenieurInnen beim ÖTV-Hauptvorstand in Stuttgart.

Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft, das Dreigestirn, das die Organisation unseres Lebens bestimmt, bedarf neuer Ausrichtung. Dies wirft die Frage nach Akteuren und Akteurinnen, nach Macht und Steuerungsmöglichkeiten auf. Hat Politik noch die Macht und Möglichkeit, Wirtschaft zu steuern? Oder sind wir alle Objekte eines als naturwüchsig erscheinenden Wirtschaftssystems? Und wenn wir von „wir alle“ reden, wen meinen wir damit - die Menschheit, die Deutschen, die neue Mitte, die Europäer, die Industriestaaten?

Und: Wieso kann uns dieses Wirtschaftssystem als naturwüchsig erscheinen? Jede/r weiß doch, dass die Welt die unterschiedlichsten Wirtschaftsformen gekannt hat. Wer auch nur kurz nachdenkt, der/dem wird das Prozesshafte, das Unstetige, das Unbeständige ökonomischer Verkehrsformen und gesellschaftlicher Systeme deutlich.

„Naturwüchsig“ erscheint besonders uns Jüngeren das Bestehende, weil wir - im Westen - nie etwas anderes gekannt haben und - Ost wie West - allerorten den Siegeszug der kapitalistischen Wirtschaftsform verfolgen können. Außerdem hat ein Teil unserer Elterngeneration, die 68er - ich schreibe als Kind der Bundesrepublik -, uns die Vergeblichkeit des Kampfes für ein anderes, ein sozialistisches System vorgeführt und ringt nun mit Mühen darum, den Erhalt dessen zu fordern, was sie zuvor bekämpften: die soziale Marktwirtschaft oder den „rheinischen Kapitalismus“.

Aber gerade das Soziale der Marktwirtschaft ist im Begriff wegzubrechen. Und die, die nach dem Krieg immer nur Worte der Gegnerschaft zu ihren Eltern gefunden haben, tun sich schwer, nun, nachdem sie die Lebensform der alten Bundesrepublik zu schätzen gelernt haben, Worte des Lobes zu finden für das, was ihre Eltern (mit Hilfe der Amerikaner, Engländer und Franzosen) aufgebaut haben.

Ihr Leben, das sich in Gegenidentifikation verwirklichte, war nicht dazu angetan, uns die Tradition und das Zustandekommen dessen zu vermitteln, was die tragenden Säulen

der damals bestehenden und heute im Wandel begriffenen Gesellschaft sind. Wer von uns Jüngeren weiß schon, wer Ludwig Erhard war - geschweige denn, für welche Auseinandersetzungen, Kämpfe und letztlich auch Errungenschaften er steht.

Wir, die Kinder, Schüler, und Studentinnen der Generation der 68er, die uns als Eltern, Lehrerinnen, Professorinnen und nunmehr auch als führende Politiker entgegentritt, haben wenig mitbekommen von jenen, die uns im Fernsehen immer als die drei großen Vertreter politischer, gesellschaftlicher, und wirtschaftlicher Belange vorgeführt werden: Unternehmen, Gewerkschaften und Kirchen. (Die ewige Litanei in der Tagesschau - wie gottgegeben und ewig während.)

In der Schule wurden weder Rolle und Funktion der Gewerkschaften für die Bundesrepublik noch die der Unternehmensverbände angesprochen; man kann sogar ein ganzes Politikstudium durchlaufen, ohne mit diesen Fragen auch nur einmal in Berührung zu kommen. Und Kirche fand man auch nur in Form des Religionsunterrichts wieder; die Entstehung ihrer Rolle als Trägerin von Wohlfahrtsverbänden, Kindergärten, Krankenhäusern wurde nicht diskutiert. Von den Eltern hat man allenfalls mitgekriegt, dass die Kirchensteuer automatisch mit der Lohnsteuer abgebucht wird¹.

Diffuse Organisationsbilder

In der Kirche waren wir entweder noch nie oder sind nur formelles Mitglied und kennen keine sonntäglichen Kirchgänge. Religion und Glaube ist für uns etwas Individuelles; in der Mehrheit hält man es mit Lessing: Man ist halt hineingeboren und wechselt in der Regel nicht zu einer anderen Religion, man toleriert einander und hat das Gefühl geographischer Bedingtheit der eigenen Zugehörigkeit. All das spricht für ein hohes Potential eines möglichen Wechsels der Religionsgemeinschaft oder gänzlichen Austritt. Wieso also sollen gerade Kirchen uns in gesellschaftlichen und ethischen Fragen vertreten?

Und dann die Gewerkschaften: Sind das nicht die, die die Neue Heimat verbockt haben, deren Ziel wohl ist, selber auf der anderen Seite zu stehen, von den Zukurzgekommenen zu den Mächtigen zu wechseln; die immer so klassenkämpferisch tun und doch nur Besitzstände wahren und, wenn sie in Person Gelegenheit dazu haben, selber die besseren Kapitalisten sein wollen?² Und außerdem: Sie stehen doch ausschließlich für die, die Arbeit haben. Was ist mit denen, die gern welche hätten, den Arbeitslosen, wer repräsentiert die? Sie stellen insgesamt eine höhere Zahl als alle Gewerkschaftsmitglieder zusammen, obwohl sie nicht in gleicher Zahl organisiert sind. Sind diese Arbeitslosen in der verfassungsrechtlich garantierten Koalitionsfreiheit eigentlich mitgemeint? Und was ist mit de-

1 Wobei es Regelungen gibt, die hanebüchen und gegen die Rechte von Individuen gerichtet scheinen: So werden bei einem verheirateten Paar, von denen beide arbeiten, aber nur eine/r Mitglied in der Kirche ist, automatisch Mitgliedsbeiträge beim Nichtmitglied abgebucht, wenn das Mitglied arbeitslos sein sollte. Auch an solchen kleinen Dingen wird der große Wandel von Kollektiv, Wertegemeinschaft und Individuum deutlich.

2 Hin und wieder werden sie erwischt, etwa beim unerlaubten Aktiengeschäft, und so muß auch ein oberster Gewerkschaftsboß sein Amt niederlegen. Aber ein Linker, ein Gewerkschaftsführer im Herzen wird er sicher bleiben - sind das unsere gesellschaftlichen Repräsentanten?

nen, die gar nicht arbeiten wollen und können, weil sie sich um andere Menschen, Kinder und Pflegebedürftige, kümmern? Wer repräsentiert die? Und wer vertritt die nachkommende Generation, die ausgebildet werden will und auch Arbeit haben will und nicht nur 630-Mark-Jobs?

Und wer vertritt bei den Unternehmen eigentlich wen? Spricht der Bundesverband der Deutschen Industrie für alle Unternehmen? Spricht er auch für die Produkte, die wir produzieren wollen? Spricht der Arbeitgeberverband für alle Arbeitgeber? Wer ist dort eigentlich noch Mitglied? Wie wird die Rolle des Staates auf Arbeitgeberseite gesehen? Und die Industrie- und Handelskammern, die sich von Zwangsmitgliedschaften ernähren, für wen sprechen sie eigentlich?

In den Nachrichten ist stets von den „Vertretern der Unternehmen“ die Rede, die darauf achten, dass die Löhne möglichst niedrig sind - weil das dann zu Investitionen und Arbeitsplätzen führen würde. Allerdings gelten Investitionen schon seit Jahrzehnten vor allem neuen Technologien und der Rationalisierung von Arbeitsplätzen. Aber die Wirklichkeit spielt solange keine Rolle, wie man sich in Einklang mit der herrschenden Ideologie befindet. Wer schließlich vertritt die kleinen und mittleren Unternehmen, die so genannten KMUs? Wer vertritt die (Öko-) Bauern, die Unternehmen, die nicht auf Kosten unserer Zukunft produzieren wollen?

Wir fühlen keine Verbundenheit mit diesen Organisationen. Wir wissen wenig über die Gründung der Bundesrepublik, wir wissen nichts über die damaligen politischen Auseinandersetzungen, Konsens- oder Kompromissfindungen der neuen bundesrepublikanischen Arbeitsgesellschaft; wir sind und waren keine Beteiligte an dem institutionellen Verständigungsprozess. Für uns waren die Institutionen und Vereinbarungen³, die für sozialen Ausgleich sorgen, die die Marktwirtschaft zu einer sozialen machen, schon immer da und es schien so, als würde das auch immer so bleiben. In ihrer Behäbigkeit sind uns diese Institutionen so vertraut, in ihrer Funktion hingegen so fern. Was wir mit ihnen verbinden, ist die Erfahrung von Bürokratie - von Verstaubtheit, von Ineffizienz, nicht von Leistungen.

Da ist zum Beispiel das große Wort vom „Sozialstaat“: die einen reden dabei sofort von „Missbrauch“, als gebe es keine größeren Probleme als die paar Würstchen, die zu viel Bafög oder Sozialhilfe kassieren. Die anderen führen immer die „Hände weg vom...“- und „Soziale Brandstifter“-Rhetorik im Mund, als würden bei uns ansonsten die Leute auf der Straße verhungern oder als müsste Arbeitslosigkeit notwendigerweise in Faschismus münden. Überhaupt, wenn man manchen alten Linken zuhört, scheint es, als müsse man sich geradezu wundern, wenn Arbeitslose keine Ausländer totschiessen. Die Links-Rhetorik von Arbeitslosigkeit und Rechtsradikalismus ist so monokausal, dass sie im Umkehrschluss einer Legitimierung gleichkommt. Nach dem Motto: Hast du ein Asylbewerberheim abgefackelt und deine Eltern sind arbeitslos, blieb dir ja gar nichts anderes übrig als so etwas zu tun, zumindest ist dein Verhalten sozial erklärbar, wir haben für dich Verständnis. Dabei wäre in erste Linie angesagt, dem Jungen oder dem Mädchen zu zeigen, dass es hier gar nichts zu verstehen gibt, dass man, egal wie schlecht es einem gerade geht, sein eigenes Leid nicht an anderen austoben darf, geschweige denn jemanden umbringen. Und dass

3 Progressive Einkommenssteuer, Länderfinanzausgleich, öffentlich finanzierte Bildung, Solidarsystem der Gesundheitsversorgung,... Alles trocken, staubig, bürokratisch, alles langweilig und alles lebenswichtig.

man das von jedem Mitglied der Gesellschaft zu erwarten hat - jung oder alt, arbeitslos oder gut verdienend.⁴

Wozu dieser Exkurs? Um deutlich zu machen, dass sich um den Begriff Arbeit ranken sich ein Wertesystem und eine Emotionalität ranken, die nicht unsere Lebenswelt treffen. Für uns sind Menschen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, nicht gleich Parasiten, Faulenzerinnen, Wegelagerer - dann müssten ja alle Hausfrauen zur Schande dieser Gesellschaft erklärt werden -, sondern vor allem Menschen, die eine andere Möglichkeit gefunden haben, ihr Leben zu finanzieren. Entweder verfügen sie über ausreichend Geld oder sie haben mit einem anderen Menschen ein Arrangement getroffen, dass der oder die sie mitfinanziert. Abhängigkeiten darf es dabei allerdings nicht geben. Jede/r muss die *Möglichkeit* haben, durch ihre/seine Arbeit sein/ihr Leben zu finanzieren.

Wir sind die erste Generation in der Geschichte der Bundesrepublik, von der ein großer Teil direkt von der Schule in die Arbeitslosigkeit entlassen wird. Das verursacht Stress und Sorge, doch zugleich gehen wir die Zukunft nicht so panisch an, wie es den Szenarien mancher Soziologen entsprechen müsste. Unser Lebensmotto lautet eher: durchwursteln mit Abstand. Wir sind Pragmatikerinnen, wir wollen keine großen Entwürfe künftiger Systeme, keine Utopien, sondern die Politik der praktischen kleinen und großen Schritte – und zwar an den Wünschen und dem Bedarf der Mitglieder unserer Gesellschaft und der Weltgemeinschaft orientiert.

Erwartungen an die Arbeit – Sicht der Zukunft

Zunächst einmal erwarten wir von der Arbeit, dass sie weniger wird. Nicht, dass sie verschwände: Auch „weiterhin werden Autos nicht an der Börse gebaut, müssen Kühe gemolken werden, pflegen Kranke sich nicht selbst. Die Arbeit geht nicht aus, es kommt sogar neue hinzu, wenn wir die [ökologischen, d.A.] Schäden beheben werden, die wir mit Arbeit angerichtet haben“.⁵ Doch gleichzeitig ist der Produktivitätsfortschritt so groß, dass daraus immense Rationalisierungspotentiale entstehen. Das bedeutet, dass wir nicht Mangel leiden, sondern über großen Reichtum verfügen, über einen Überfluss an industriellen Anlagen, an Wissen, an Fähigkeiten. Immer mehr Güter werden von immer weniger Menschen produziert. Von 1960 bis 1996 verdreifachte sich das Bruttosozialprodukt, die Zahl der Arbeitsstunden sank um ein Fünftel.⁶

Welch eine Erleichterung. Deshalb forscht und tüftelt die Menschheit schon seit Urgedenken: um das Leben leichter zu machen und die Arbeit zu rationalisieren. Das ist doch kein Horrorszenario - wie dieser Fortschritt so häufig gedeutet wird -, sondern echte Zukunftsmusik: Wir alle müssen viel weniger arbeiten als früher. Wir können unser Leben durch Erwerbstätigkeit finanzieren und haben noch genügend Zeit für andere

4 Davon abgesehen, daß Rechtsradikalismus mehr bei vom sozialen Abstieg bedrohten Facharbeitern auftritt, als bei tatsächlich arbeitslosen. (Vgl. Ingrid Kurz-Scherf: Arbeitslosigkeit, Rechtsradikalismus, Vollbeschäftigung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6-7/98 und Wolf Wagner, Jugendarbeitslosigkeit und Rechtsradikalismus in Ostdeutschland, in: Frankfurter Hefte 8/98.

5) Siehe Mathias Greffrath, Auf den Schultern von Riesen, Berliner Zeitung, 9./10.Mai 1998

6 Greffrath, Schultern.

Dinge, die außerhalb des Bereichs bezahlter Arbeit liegen - vorausgesetzt, dass Arbeit geteilt wird.

Im Augenblick boomt die Diskussion um Vollbeschäftigung und die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses. Aber wer hat definiert, was das sein soll? Was ist „voll“? Wenn alle fünf Tage in der Woche sieben Stunden lang arbeiten? Wieso eigentlich? Die Lebensarbeitszeit in Deutschland hat sich in den vergangenen hundert Jahren, bei kräftiger Steigerung des allgemeinen Wohlstands, halbiert. Wieso sollte die Entwicklung, Arbeitszeit zu verkürzen, jetzt beendet werden? Der Fortschritt hat doch nicht aufgehört, im Gegenteil, er schreitet rasant voran. Und: Was ist „normal“? Dass 60 Prozent der Erwerbspersonen arbeiten und zwar heftigst? Dass man zu den sieben Stunden am Tag noch ein paar Überstunden leistet, um jemanden bezahlen zu können, der/die einer/m die Kinder versorgt, die man selbst nicht zu Gesicht bekommt, weil man ja den ganzen Tag arbeitet? Ist das normal? Und gehört zum „Normalen“ auch weiterhin, dass man dort, wo man einmal angefangen hat zu arbeiten, 40 Jahre später auch aufhört zu arbeiten? Wenn es von dieser Normalität heißt, sie erodiere, sollte man dann nicht sagen: Gott sei Dank?

Unser Bild von Berufstätigkeit ist jedenfalls viel fließender als jenes unserer Eltern und Großeltern. Zum einen sind wir schon in dem Bewusstsein aufgewachsen, dass es schwierig sein wird mit den Jobs, zum anderen *wollen* wir gar nicht den einen Job bis ans Lebensende: Gerade der Wechsel ist doch spannend! Und wer hat gesagt, dass wir den ganzen Tag arbeiten wollen? Wie soll das eigentlich mit unseren anderen Bedürfnissen nach Muße, Freundschaften, Sich-um-die-kümmern-die-es-selbst-nicht-(mehr)-können, Kinder machen, Kinder kriegen, Kinder erziehen zusammenpassen? Bei den Kindern müsste ja mindestens eine/r der zwei Beteiligten irgendwie hintan stehen und auch in den anderen Konstellationen gäbe es starke Ungleichgewichtungen. Und ein großer Teil derer, die gerne arbeiten würden, bliebe sowieso außen vor, wenn die durchschnittliche (Lebens-) Arbeitszeit nicht deutlich gesenkt wird, weil die technologische Revolution das Angebot an Arbeit dramatisch verringert.

Wenn heutzutage noch von Normalarbeitsverhältnis gesprochen, aber zugleich bemängelt wird, dass nur noch gut 50 Prozent der *Erwerbstätigen* ihm nachgehen (und es werden immer weniger), dann deutet das auf eine sehr eigentümliche Perspektive hin: dass nämlich eine Minderheit der *Erwerbspersonen* noch immer zum Maßstab gemacht wird. Das jahrelange Ringen, insbesondere der Frauen, um Verkürzung der Arbeitszeit oder zumindest einer besseren Absicherung der Teilzeitarbeit wird in den Bereich des Irrelevanten abgeschoben. Die tiefe Unzufriedenheit der Mehrheit der Erwerbsfähigen, vor allem der Jüngeren beiderlei Geschlechts sowie der älteren Frauen, mit den bestehenden Verhältnissen wird als nichtig erklärt, die mehrheitlich unerwünschte Arbeitsform idealisiert.

Hier greifen keine ökonomischen Erklärungen, hier handelt es sich um kulturelle Phänomene. Wer hat die Definitionsmacht des „richtigen Lebens“ in der Gesellschaft? Noch immer Männer zwischen 45 und 65.⁷ Bei ihnen handelt es sich anscheinend um eine sehr fortschrittsresistente Spezies. Dabei würde der von ihnen befürchtete Wandel sie sowieso am geringsten betreffen, denn ihre Form der Berufstätigkeit ist im Vergleich noch am besten abgesichert und wird sich am wenigsten ändern. Aber ihr Definitionsmonopol

7 Auch das Bündnis für Arbeit der neuen rot-grünen Regierung stimmt da nicht hoffnungsfroh. Es ist durchgängig mit Männern dieser Altersgruppe und genau einer Frau, die sowohl die jüngste, als auch die einzige Grüne ist, besetzt. Keine Arbeitslosenvertreterin, keine Vertreterin für Frauen und Arbeit Wieder einmal sind es die old boys, die über unser Leben entscheiden.

wäre gebrochen, sie wären nicht mehr Maßstab des Normalen. Aber läge nicht auch für sie darin eine Chance? Die Stilisierung als Familienernährer oder Berufs-Single und die damit verbundene zwanghafte Notwendigkeit des Erhalts der Erwerbstätigkeit kann auch sehr anstrengend sein. Muss ein Mann, der arbeitslos ist und trotzdem morgens pünktlich das Haus verlässt und vor den Nachbarn so tut, als würde er noch arbeiten, nicht furchtbar leiden? Läge nicht - auch für ältere Männer - eine ungeheure Chance in der Veränderung der Arbeitswelt?⁸

Wir können festhalten: Eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit, d.h. eine neue Definition des Normalarbeitstags bzw. der Lebensarbeitszeit, ist erstens von uns erwünscht, weil wir uns ein vielseitiges Leben wünschen, ohne dass wir Kinder und unserer Sorge Bedürftige ausgrenzen müssen.

Zweitens hat sich unsere Kultur stark vom Kollektiven zum Individuellen hin verändert. Auch die Kultur der Arbeit hat sich bereits gewandelt.⁹ Gesellschaftliche Verantwortung und individuelle Verwirklichung zusammenzuführen, heißt die große Aufgabe der Zukunft.

8 „Emanzipation macht Angst“, schreibt Christel Eckart und, Christa Wolf zitierend, „Freude aus Verunsicherung ziehen, wer hat uns das denn beigebracht?“. Eckart fährt fort „Der stilisierte Berufsmensch, der nach Kontrolle und Selbstkontrolle verlangt, soziale Rationalisierung, Planmäßigkeit und Überschaubarkeit aller Lebensäußerungen anstrebt, gerät ins Wanken, wenn die beruflichen Stützen seiner sozialen Identität einknicken und Bestärkungen für eine neue Lebensweise im eigenen Umfeld noch fehlen. Aber dieses „Persönliche ist politisch“, und auch Männer müssen sich Foren zum Austausch und zur Selbstvergewisserung dieser Erfahrungen schaffen. Das Nachdenken über die Wünsche, Beziehungen und Selbstbilder, die im Beruf gesucht, aber dort nicht mehr realisiert werden können, öffnet den Blick für notwendige gesellschaftliche Veränderungen, für andere Formen von Arbeit, soziale Beziehungen und sinnvolle Tätigkeiten. Die ‚Unfähigkeit zur Angst‘, die rasche Beschwichtigung der Angst, ohne ihre Gründe genauer zu betrachten, werden dagegen zum Boden für eine Politik, die mit illusionären Versprechungen Sicherheit nach den alten Mustern der Lohnarbeitsgesellschaft vorgaukelt.“ (in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 6-7/98, S.341-345).

9 Die „Tugend der Orientierungslosigkeit“ der Jüngeren paßt nicht zusammen mit der Kultur von Kollektiven. Ideen von Sozialismus der sechziger und siebziger Jahre unserer westlichen Elterngeneration erscheinen uns mehr als ein intellektuelles Abarbeiten am Nazierbe der Großeltern denn eine gesellschaftliche Vision.

Im Osten wiederum wurde ein realexistierender Sozialismus praktiziert, der eine Totalität bis zur Aufhebung der Privatsphäre verlangte und wirtschaftlich bankrott ging. Ideologien, Visionen, die sich als die eine richtige Form zu Leben präsentieren und gesellschaftspolitischen allumfassenden Wahrheitsanspruch erheben, sind für uns befremdlich. Das Gefühl, daß das nicht geklappt hat und auch nicht wünschenswert sei, ist in unserer Generation dominant. Zweifel an Handlungswegen, sowie ein, durchaus auch freudiges, Aufgreifen unterschiedlichster Optionen prägen das Bild. Zur Vision wird Ein-Sich-Durchwursteln-mit-Anstand. Mit äußerst unterschiedlichen Maßstäben von Erfolg (viel Freizeit oder viel Geld oder viel Status oder viel Spaß, etwas Sinnvolles, etwas Abwechslungsreiches, etwas mit verhältnismäßig wenig Repressalien, mit Raum für Kindern,...).

Wer heutzutage noch Begriffe wie „Arbeiterbewegung“ in den Mund nimmt, ist nicht von dieser Welt. Schon wer von „Arbeitern“ spricht, drückt sich merkwürdig unklar aus. Was meint sie oder er damit? Die Arbeitnehmerin, die als Reinigungsfrau arbeitet oder jobbt? Oder den, der für das dreifache Gehalt von ihr den Müll wegschafft? Und der junge Informatiker, der zwar lauter Aufträge, aber keine Anstellung bekommt und auf den Monat umgerechnet die Hälfte des Müllwerkers zudem noch ohne Rentenabsicherung verdient, ist kein Arbeiter - deutlich schlechter gestellt darf er sich als prekär Beschäftigter oder als Scheinselbständiger oder als Arbeitsloser mit zeitweiligen Jobs bezeichnen? Ist das die neue Identifikationskategorie? Wohin soll der sometimes-Informatiker sich zuordnen, womit sich identifizieren?

Und außerdem: ArbeiterInnen machen nicht mehr per se dreckige Arbeit, sie haben auch nicht per se starke Arme, sie können auch durchaus weiblich und/oder grazil sein, sie verdienen nicht per se wenig Geld und sie besuchen am Feierabend auch nicht per se die gleichen Kneipen oder sehen die gleichen Filme. Es gibt keine gemeinsame Kultur mehr; nur noch begrenzt finden wir gemeinsame Arbeitssituationen vor. Die Unterscheidung von Arbeiterinnen und Angestellten hingegen ist ein historisches Relikt, ein gesellschaftlicher Dino. Arbeiterinnen und Angestellte signalisieren vielmehr Gemeinsamkeit als Unterscheidung: Beide Kategorien zeigen an, daß sie eine bezahlte Arbeit auf Lebenszeit haben. Wo gibt es so etwas noch für junge Leute? Und wollen sie das? Ja, der Lebensunterhalt will verdient sein. Aber auf Lebenszeit in einem Job? Und für wen? Und für was? Und unter welchen Bedingungen?

Chance und Bedrohung sind hier so dicht verwoben. Die Chance, sein/ihr berufliches Leben möglichst nah an das eigentliche Leben anzupassen, mit Pausen von Arbeit, mit Steigerung der Arbeit, mit Mobilität und Spannung, mit Zeit für Kinder, mit Zeit für Muße, mit körperlicher Arbeit, mit leichter Arbeit, kurz, wie es für die verschiedenen Phasen des Lebens adäquat ist.

Drittens verringert sich das Angebot an Arbeit aufgrund des großen Produktivitätsfortschritts und der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien so stark, dass, wenn wir die Chance aller auf eine Erwerbstätigkeit erhalten wollen, die Arbeit teilen müssen. Das muss nicht schematisch stundenweise sein, das kann produktive und weniger produktive Phasen umfassen, das kann zeitliche Ausstiege zur beruflichen Weiterbildung, Erziehungsurlaub und vieles andere mehr beinhalten und muss flankiert sein von einem neuen System sozialer Sicherung und veränderter Steuersysteme (Grundsicherung, Besteuerung der Wertschöpfung, Ökosteuer...). Hier werden wir noch viel Mut, Kreativität und öffentliche Debatten brauchen, um neue Wege zu gehen.

Die Vorstellung, Strategien zu einer Angebotssteigerung von Arbeitsplätzen könnten die technischen Rationalisierungspotentiale wettmachen und zudem die bestehenden vier bis fünf Millionen Arbeitslosen von der Straße holen, sind naiv und utopisch.¹⁰ Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um die Idee der neoliberalen Deregulierung des Arbeitsmarktes oder um den klassisch linken Ansatz staatlicher Beschäftigungsprogramme einschließlich Lohnsubventionen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen handelt - beide politischen Strömungen greifen hier zu kurz. Das heißt nicht, dass man z.B. die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit nicht verfolgen sollte, aber man kommt damit nicht um eine grundsätzliche Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit herum. Diese Strategien können nur begleitende Maßnahmen sein. Alles andere hieße, die Gesellschaft zu spalten in Leistungsträger und Almosenempfänger, was nicht einer demokratischen Gesellschaft entspräche und unweigerlich zu erheblichen sozialen Spannungen führen würde, da in unserer bestehenden Kultur Arbeit nicht nur der materiellen, sondern auch der sozialen und kulturellen Reproduktion der Gesellschaft dient.

Das Bild einer derart gespaltenen Gesellschaft entwirft die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen.¹¹ Oben sitzt eine Elite hoch qualifizierter TurboleistungsträgerInnen, kosmopolitisch, kreativ, weltmarktfähig, gesichert und extrem gut verdienend; darunter so genannte „Normalarbeiter“, Techniker, Angestellte, Dienstleister, mit zunehmend prekärer Beschäftigung. „Unter dem Schönwort ‚Flexibilität‘ verbergen sich nicht selbstbestimmte Arbeitszeiten, sondern die alten Gestalten des Tagelöhners, des Stücklöhners, des Stundenlöhners, des Verlags- und Heimarbeiters, des Scheinselbständigen - Formen der Ausbeutung und Selbstaubeutung wie wir sie seit den Tagen des Frühkapitalismus nicht mehr gesehen haben. Ganz unten: ein Bodensatz von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Niedrigstlohnbeziehern.“¹² Eine solche Gesellschaft, so der Kommissionsvorsitzende Miegel, produziert einen harten Kern von 25 Prozent Absteigern, die

10 Ob „Ich-AG“ (Bizz, das Wirtschaftsmagazin von Capital für junge Leute) oder „Arbeitskraftunternehmer“ (die etwas umständliche Form linker wie rechter etwas älterer Herren), der Verweis darauf, man solle sich seine Arbeit selber schaffen, ist nicht hilfreich; die Bilanz der Existenzgründungen: der Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen hat sich seit 1970 auf unter 10 Prozent halbiert. Auch die USA können uns hier nicht als Vorbild dienen, dort liegt der Anteil unter 9 Prozent.

11 Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen; Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland; Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Bonn, November 1997.

12 Greffrath, Schultern

sich künftig als Dienstleister für die Turboelite dienstbar machen sollen. Im Bereich der einfachen personenbezogenen Dienstleistungen seien aber „noch immer mentale Barrieren zu überwinden... Die Deutschen zögern nicht nur, solche Dienste anzubieten, sondern auch, sie anzunehmen. Viele wollen nicht dienen, viele wollen aber auch nicht bedient werden“.¹³ Hier gelte es auf Bewusstseinsänderung hinzuwirken. Wohin? An welche Form der Volkserziehung wird hier gedacht?

Ihre „Strategie der Erneuerung“¹⁴, so konstatieren die Autoren selbst, wird wieder zu Armenvierteln, gesteigerter Kriminalität und verschlechterter Gesundheit bis hin zu sinkender Lebenserwartung führen. „Unten wird es wieder riechen und wer jemand ist, kann man wieder an den Zähnen erkennen. In einer Art Turbo-Feudalismus sind die `Vasallen` der Weltfirmen mit Krankenkassen, Betriebskrippen, Privatschulen und Renten an ihre Dienstherrn gebunden; drumherum das Brachland der MinderverdienerInnen mit reduzierter Sicherheit und knapper Grundversorgung.“¹⁵ Bei alledem wird ein Sockel von Beschäftigungslosen bleiben. Sie sollen, nach dem Modell der bayerisch-sächsischen Denker mit freiwilliger „Bürgerarbeit“ zum Sozialhilfesatz in Umwelt, Pflege, Erziehung beschäftigt werden: oder per Dienstpflicht, wie es die neueste Studie des Club of Rome vorschlägt: Zwanzig Wochenstunden Gemeinwesenarbeit sollen die „Überflüssigen“ leisten, für eine Entlohnung, die krasses Elend verhindert.

Das Schöne an der Studie der bayerisch-sächsischen Kommission ist, dass sie so offen ist. Erschreckend ist, dass sie meinte, sich diese Offenheit leisten zu können. Das heißt, dass sie kalkulierte Vorstöße einer neuen Politik des Marktes wagte und darauf vertraute, dass es ihr gelingen würde, mehr an Bestehendem einzureißen, als ihr an Protest entgegenkommen würde. Man kann jetzt vermuten, dass Menschen so etwas nicht mit sich machen lassen, nachdem sie der Regierung Kohl erdrutschartige Verluste beschert und eine neue rot-grüne Regierung an die Macht gebracht haben. Doch die vor 16 Jahren angekündigte geistig-moralische Wende hat Spuren hinterlassen, auch in uns. Wir kaprizieren uns gerne auf neue Begriffe wie Wissensgesellschaft, denn Wissen und Wissensaustausch, zudem noch auf Weltniveau, sind ja eine wunderbare Sache. Die konsequente Analyse der gesamten arbeits- und wirtschaftspolitischen Lage dürfen wir dabei aber nicht vernachlässigen. Man muss den schweren Vorhang der letzten 16 Jahre beiseite ziehen und endlich in der Arbeitslosigkeit nicht den krisenhaften Mangel, sondern die Wohlstandsgrundlage der neuen Epoche sehen.

Wie wollen wir in Zukunft leben und arbeiten?! Diese Diskussion wollen wir führen und zwar bald - aber nicht als Wunschliste für Weihnachten, sondern praktisch und konkret, wie wir nunmal sind, unter dem Gesichtspunkt, wie machen wir uns visionsfähig? Wie machen wir uns politikfähig? Welche Modelle von Arbeit, Arbeitszeiten oder auch z.B. eheunabhängiger Übertragbarkeit der durch Arbeit erworbenen Rentenansprüche könnte man einführen; kurz, welche Formen und Strukturen rund um die Arbeit schlagen wir vor?

Wie gehen wir mit den Institutionen des Wohlfahrtsstaates um, in dessen Kanälen wir wie die Fische geschwommen sind, ohne seine Begründungszusammenhänge zu kennen?

Wir wollen uns um diese selbstverständlichen, aber nicht bewussten Grundlagen unseres Lebens kümmern, bevor andere und wir selbst sie bereits beseitigt haben. Dazu brauchen wir einen klaren Blick auf den Staat, seine Institutionen, Normen und Verfahren, um

13) Kommission für Zukunftsfragen, Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, S. 20

14) Kommission, Teil 3, S. 23

15) Mathias Greffrath, 1998

zu sehen, was sie leisten und zu prüfen, was wir brauchen, erhalten und neu kreieren wollen.

Der Fortschritt liegt nicht in der Agonie, sondern hat Wachstumsschmerzen - sagte in der Großen Krise von 1929 John Maynard Keynes. Das gilt immer noch, aber nur, wenn wir uns nicht mit einem naturwüchsig automatischen Kapitalismus abfinden, sondern wieder seine politische Gestaltung in die Hand nehmen. Wenn wir uns darauf besinnen, dass die Wirtschaft den Bedürfnissen, manche sagen sogar dem Glück, der Menschen dienen soll - was ja von Adam Smith bis Ludwig Erhard ein bürgerlicher Gemeinplatz war.